



Can there be a decent left?

Der linksliberale Philosoph Michael Walzer geht mit den Fehlern der linken Antikriegsfraktion in den Vereinigten Staaten hart ins Gericht. In ihrer primär gegen das eigenen Land gerichteten Kritik sieht er mehr Selbstverliebtheit am Werk als Verstand

von MICHAEL WALZER

Der linke Widerstand gegen den Krieg in Afghanistan schwand im November und Dezember vergangenen Jahres, nicht nur wegen des Erfolgs des Krieges, sondern auch im Blick auf die Begeisterung, mit der so viele Afghanen diesen Erfolg begrüßten. Die Bilder von Frauen, die der Welt ihre lachenden Gesichter zeigten, von Männern, die ihre Bärte abrasierten, von Mädchen in der Schule, von Jungen, die in kurzen Hosen Fußball spielten: All das war zweifelsohne ein Schlag ins Gesicht linker Theorien über den amerikanischen Imperialismus, aber es war auch politisch entwaffnend. Es gab (und gibt) immer noch Beunruhigendes: Flüchtlinge, Hunger, viel zu wenig Recht und Ordnung. Aber plötzlich war selbst vielen Gegner des Krieges klar, dass das Talibanregime das größte Hindernis bei jedem ernsthaften Versuch war, die sich abzeichnende humanitäre Krise zu bekämpfen. Und es waren die Amerikaner, die dieses Hindernis beseitigt haben. Es sah (fast) aus wie ein Befreiungskrieg, eine humanitäre Intervention.

Aber in erster Linie war der Krieg ein Präventivkrieg, der es unmöglich machen sollte, in Afghanistan Terroristen auszubilden und Anschläge wie den vom 11. September zu planen und zu organisieren. Dieser Krieg wurde in weiten Teilen der Linken nie wirklich akzeptiert, weder als gerechter noch als notwendiger Krieg. Erinnern wir uns an die Standardargumente dagegen. Sie lauten: Wir hätten uns an die UNO wenden sollen, wir hätten die Schuld der al-Qaida und der Taliban beweisen müssen, und dann hätten wir internationale Gerichtsverfahren organisieren sollen. Und wenn der Krieg schon geführt werden muss, dann so, dass die Zivilbevölkerung nicht gefährdet wird. Dieser letzte Punkt sollte das Kämpfen unmöglich machen. Mir sind keine Argumente bekannt, die ernsthaft versucht haben, zu beschreiben, wie dieser (oder irgendein anderer) Krieg geführt werden könnte, ohne Zivilisten zu gefährden, oder die fragen, welches Maß an Risiko noch zulässig wäre, oder die das Risiko festlegen, das amerikanische Soldaten eingehen sollen, um die Gefahr ziviler Opfer zu verringern. All das waren legitime Fragen in Afghanistan wie auch im Kosovo oder dem Golfkrieg. Aber der Antikriegsslogan des vergangenen Herbstes "Stoppt die Bombardierung" fasste keineswegs eine in sich kongruente Position zu den Bombenangriffen zusammen - oder Alternativen dazu. Die Wahrheit ist, dass die meisten Linken sich nicht für eine Position zu diesen Fragen interessierten, sie waren gegen den Krieg, ohne Blick auf seine Ursachen oder seinen Charakter und ohne jede sichtbare Sorge darüber, wie zukünftige terroristischer Anschläge zu verhindern wären.

Der völlige Misserfolg einer Antwort der Linken auf die Ereignisse des letzten Herbst lässt eine beunruhigende Frage aufkommen: Kann es in einer Supermacht eine anständige Linke geben? Genauer gesagt: in der einzigen Supermacht? Die Schuld, die entsteht, wenn man in einem solchen Land lebt und seine Privilegien genießt, macht es vielleicht unmöglich, eine aufrichtige, intelligente, verantwortungsvolle und moralisch differenzierte Politik aufrechtzuerhalten. Vielleicht sind nagender Ärger, im Inneren verwurzelter Zorn und Selbsthass die unvermeidbaren Ergebnisse der langen Jahre fruchtlosen Widerstandes gegen den globalen Einflussbereich amerikanischer Macht. Sicher, all diese Gefühle waren bei der linken Reaktion auf den 11. September deutlich zu sehen: im Versagen, die Entsetzlichkeit des Anschlags zu erfassen oder die menschlichen Schmerzen, die sie verursachten, anzuerkennen, wie in der Schadenfreude vieler erster Reaktionen, in der kaum versteckten Häme darüber, dass der imperialistische Staat endlich bekommen hat, was er verdient. Viele Linke haben ihr moralisches Gleichgewicht in den folgenden Wochen wiedergefunden. Wenigstens wurde ein Anfang gemacht, zu einem langen Prozess der Selbstkritik. Aber sehr viel

mehr sind immer noch nicht so weit, darüber nachzudenken, was wirklich passiert ist.

Der Kalte Krieg, imperialistische Abenteuer in Mittelamerika, vor allem Vietnam und dann die Erfahrung der Globalisierung unter amerikanischer Führerschaft: Das alles hat aus guten und schlechten Gründen zunehmend für eine Sicht der Vereinigten Staaten als globalem Tyrannen geführt, der reich, privilegiert, egoistisch, hedonistisch und hoffnungslos korrupt ist. Der Sinn unterstützender Maßnahmen, dem sich Teile der britische und französischen Linken in einer viel imperialistischeren Umgebung verpflichtet fühlten (man lese John Stuart Mill über Britisch-Indien), ist bei uns nie angekommen. Entwicklungshilfe, Friedenstruppen und Staatsaufbau nahm nie die Dimensionen einer "Mission" an. Es waren Randgebiete der US-Außenpolitik, unterfinanziert und regelmäßig im Schatten militärischer Operationen. Sicher gab es in der Politik aller US-Regierungen seit dem Zweiten Weltkrieg viel zu kritisieren. Und trotzdem war die linke Kritik - ich denke, am deutlichsten wird das seit der Zeit des Vietnamkriegs - dumm, überreizt und extrem ungenau. Sie ist das Ergebnis dessen, was Philip Roth in seinem Roman "I Married a Communist" treffend als "die Kombination aus Verbitterung und Denkfaulheit" beschreibt. Die Linke hat ihre Haltung verloren. Warum?

Ich will vier Gründe vorbringen, ohne den Anspruch zu erheben, dass mit dieser Liste das Thema erschöpft ist. Es ist nicht mehr als ein vorläufiges Argument, ein Versucht, eine Debatte zu beginnen.

1. Ideologie: Zunächst sind da die lang anhaltenden Auswirkungen der marxistischen Theorie des Imperialismus und der Doktrinen der Dritten Welt der Sechziger- und Siebzigerjahre. Wir mögen glauben, dass wir in einem postideologischen Zeitalter leben, und vielleicht tun das auch die meisten von uns, aber die Spuren der alten Ideologien finden sich überall in den Diskursen der Linken. Die auffallendste Konsequenz ist vielleicht die Unfähigkeit der Linken, die Macht der Religionen in der modernen Welt wahrzunehmen oder anzuerkennen. Wann immer linke Autoren sagen, die Wurzel des Terrors sei globale Ungleichheit oder menschliche Armut, ist diese Behauptung tatsächlich ein Leugnen religiöser Motive. Theologie ist in dieser Sichtweise nur eine vorübergehende allgemeine Ausdrucksweise der berechtigten Wut unterdrückter Männer und Frauen.

Wenige mutige Linke beschreiben das Taliban-Regime und das Al-Qaida-Netzwerk als Beispiele eines "klerikalen Faschismus". Wenigstens das Adjektiv ist dabei zutreffend. Und vielleicht ist "faschistisch" passend genug, auch wenn diese neue Politik nicht wie das Produkt Degeneration aussieht. Es gibt der Linken einen Grund, sich gegen islamistischen Terror zu richten, was schon eine bedeutende Errungenschaft ist. Aber es wäre besser, einen Grund in der Wirklichkeit des Terrorismus selbst zu finden, in der Idee eines heiligen Krieges gegen die Ungläubigen - was nicht dasselbe ist wie ein Krieg gegen minderwertige Rassen oder fremde Nationen. Tatsächlich ist der radikale Islam nicht wie der Faschismus eine rassistische oder ultranationalistische Doktrin. Er ist etwas anderes, und das müssen wir verstehen.

Aber ideologisch geprägte Linke glauben wahrscheinlich, dass sie schon alles verstanden haben, was es zu verstehen gibt. Jede Gruppierung, die die imperiale Macht angreift, muss Repräsentant der Unterdrückten sein und ihre Vorstellungen müssen die der Linken sein. Es ist nicht nötig, ihren Sprechern zuzuhören. Was können sie schon wollen außer ... die globale Umverteilung der Ressourcen, den Rückzug amerikanischer Truppen, wo immer sie stationiert sind, den Abbruch von Hilfsprogrammen für repressive Regierungen, das Ende der Irakblockade und die Gründung eines palästinensischen Staates neben Israel? Ich bezweifle nicht, dass es zwischen diesem Programm und den Vorstellungen der Al-Qaida-Führer Übereinstimmungen gibt - auch wenn die al-Qaida keine egalitäre Bewegung ist und die Vorstellung, dass sie eine Zwei-Staaten-Lösung für den israelisch-palästinensischen Konflikt unterstützt, verrückt ist. Aber ein heiliger Krieg gegen Ungläubige ist nicht einmal unbewusst, unabsichtlich oder "tatsächlich" linke Politik.

2. Machtlosigkeit und Fremdheit: Die Linke hat in den Vereinigten Staaten keine Macht und die meisten von uns erwarten nicht, jemals Macht ausüben zu können. Viele linke Intellektuelle leben in

Amerika wie Fremde, sie verweigern eine Identifikation mit ihren Mitbürgern und betrachten jeden Anflug patriotischer Gefühle als politisch inkorrekt. Deshalb hatten sie solche Schwierigkeiten, emotional auf die Anschläge vom 11. September zu reagieren oder sich den Solidaritätserklärungen anzuschließen, die folgten. Deshalb war ihr Beitrag zur politischen Debatte nach den Angriffen so sonderbar: Ihre Vorschläge (sich an die UN zu wenden, Beweise gegen Bin Laden sammeln und so weiter) scheinen ohne jeden Sinn für Effektivität und Dringlichkeit zu sein. Sie redeten und schrieben, als könnten sie sich selbst nicht vorstellen, für das Leben ihrer Mitbürger verantwortlich zu sein. Das war die Aufgabe anderer, die Aufgabe der Linken war ... was? Sich gegen die Staatsgewalt zu stellen, was immer sie tat. Das positive Ergebnis dieser Opposition war die mutige Verteidigung der Bürgerrechte. Aber selbst in diese Verteidigung wurde eine eigensinnige Unverantwortlichkeit und Ineffektivität an den Tag gelegt, da so viele Linke zur Verteidigung der Bürgerrechte eilten und gleichzeitig nicht anerkennen wollten, dass das Land wirklichen Gefahren gegenüberstand - als ob es keine Notwendigkeit gebe, ein Gleichgewicht von Sicherheit und Freiheit zu wahren.

Was die Linke - oder große Teile von ihr - wirklich kennzeichnet, ist die Verbitterung, die mit der Hingabe an jede solche Bestrebung kommt. Die Entfremdung ist radikal. Wie sonst soll man die Verweigerung der Anteilnahme an einer ernsthaften Debatte über die Möglichkeiten zum Schutz des Landes gegen zukünftige Terroranschläge von Menschen verstehen, die selbst hier leben, wie auch ihre Kinder und Enkel?

3. Die moralische Überzeugung, Amerika zuerst beschuldigen zu müssen: Viele Linke scheinen zu glauben, dies hieße Verantwortung für die Verbrechen eines imperialistischen Staates übernehmen. Wenn wir Amerika Vorwürfe machen, heben wir uns selbst tatsächlich von den (anderen) schuldigen Amerikanern ab. Die Linke stellt sich selbst zur Seite. Was immer Amerika in der Welt tut, es ist nicht unsere Sache. In bestimmter Hinsicht ist das natürlich richtig. Der Sieg über den Faschismus in der Mitte des 20. Jahrhunderts und über den Kommunismus in den letzten Jahren war nicht unsere Angelegenheit. Zwar dachten wenigstens einige von uns, dass diese Bemühungen unsere Unterstützung verdienten - oder unsere "kritische Unterstützung". Aber hier wurde die Politik kompliziert und schwierig und sie legitimierte nicht die liebste Pose vieler amerikanischer Linken: als rechtschaffene Minderheit, mutig und entschlossen unter den Ängstlichen, den Korrupten und den Bösen zu stehen. Diese Haltung sichert gleichzeitig die moralische Überlegenheit der Linken wie ihr politisches Scheitern.

4. Der Glaube, kein Recht auf Kritik an anderen zu haben: Wie können wir hier in Amerika leben, dem reichsten, mächtigsten und privilegiertesten Land der Welt, und Kritik an Menschen üben, die ärmer und schwächer sind als wir? Dies gehörte zu den Hauptfragen der Sechzigerjahre, als die Neue Linke "Unterdrückung" erstmals entdeckt zu haben glaubte. Wir alle stellten uns auf die Seite unterdrückter Männer und Frauen und dann versagten wir wieder und wieder, den Autoritätsanspruch und die Brutalität ihrer Politik zu kritisieren. Es gibt keinen tieferen Impuls für linke Politik als diese Parteinahme. Solidarität mit Menschen in Schwierigkeiten scheint mir die tiefgründigste Verpflichtung zu sein, die die Linke übernommen hat. Aber diese Solidarität beinhaltet auch die Bereitschaft, diesen Menschen zu kritisieren, wenn wir denken, dass sie sich falsch verhalten und Werte missachten, die wir achten. Selbst die Unterdrückten haben Verpflichtungen, und eine der ersten ist sicherlich, keine unschuldigen Menschen zu ermorden, keine Politik des Terrorismus zu betreiben. Linke, die auf diesen Punkt nicht bestehen können, opfern sowohl die Politik als auch die Moral. Sie sind nur in ihrer Erbärmlichkeit radikal.

Was muss getan werden? Ich habe ein bescheidenes Konzept: Fangt mit Aufrichtigkeit an, dann werden wir sehen. Und damit gehen wir meine Liste mit Gründen für die gegenwärtigen Probleme erneut durch. Ideologie: Wir brauchen etwas Besseres als den zusammengestückelten Marxismus, mit dem so viele Linke heute operieren. Dessen Hauptwirkung ist es, Weltpolitik in ein billiges Melodram zu verwandeln, mit all seinen herausgeputzten Schurken, von denen jeder noch überlebensgrößer ist als der andere. Eine harte materialistische Analyse wäre in Ordnung, solange sie

niveauvoll genug wäre, zuzugestehen, dass materielle Interessen die Möglichkeiten menschlicher Motivation nicht erschöpfen. Für den Augenblick ist etwas Bescheidenheit, Offenheit für andere Ideen, ein scharfer Blick für die Realität und die Bereitschaft sowohl moralischen als auch materialistischen Argumenten Aufmerksamkeit zu schenken das, was wir tun können. Besonders dieser letzte Punkt ist wichtig. Der Zusammenstoß mit dem radikalen Islam und anderen Arten politisierter Religion sollte uns helfen zu verstehen, dass für unsere Interessen Werte wie säkulare Aufklärung, Menschenrechte und ein demokratisches Regierungssystem ganz wesentlich sind. Linke Politik fängt mit der Verteidigung dieser Werte an.

Entfremdung und Machtlosigkeit: Unter Linken herrscht die gängige Vorstellung, dass politische Verantwortung mit Zurückhaltung, Mäßigung und Reinlichkeit zu tun hat - guten bürgerlichen Werten, die mit radikalen politischen Zielen oder scharfer sozialer Kritik unvereinbar sind. Man muss schon ein bisschen wild sein, um ein Radikaler zu sein. Das ist keine verrückte Idee, und mehr als andere brauchen entfremdete Intellektuelle Wut, um das kritische Projekt anzugehen und die Lust auf den intellektuellen Kampf beizubehalten. Aber sie verstehen die Dinge nicht unbedingt richtig, und je wütender sie sind und je mehr sie sich in ihrer kämpferischen Pose festbeißen, desto eher werden sie die Dinge falsch verstehen. Was nach dem 11. September notwendig war und was ist jetzt nötig ist, ist eine Verabredung mit unseren Mitbürgern, in der die Gemeinschaft anerkannt wird. Wir können so kritisch sein, wie wir wollen, aber das sind Menschen, deren Schicksal wir teilen. Wir sind verantwortlich für ihre Sicherheit wie sie für die unsrige, und unsere Politik muss diese gegenseitige Verantwortung reflektieren. Wenn sie angegriffen werden, werden wir es auch, und wir sollten bereitwillig und konstruktiv an Debatten teilnehmen, wie unser Land zu verteidigen ist.

Schließlich zum Punkt, Amerika zuerst zu beschuldigen: Nicht alles, was in der Welt schlecht läuft, läuft wegen uns schlecht. Die Vereinigten Staaten sind nicht omnipotent, und die politischen Führer sind keine Mitverschwörer in jeder humanitären Katastrophe. Die Linke hat kaum Probleme, die Notwendigkeit der gerechten Verteilung zu verstehen, wenn es um Ressourcen geht. Aber wir sind völlig ahnungslos, was die gerechte Verteilung von Lob und Tadel betrifft. Um ein offensichtliches Beispiel zu nennen: In der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts haben die Vereinigten Staaten gerechte und ungerechte Kriege geführt, gerechte und ungerechte Interventionen unternommen. Es wäre eine nützliche Arbeit, die Liste durchzugehen, und unsere Unterscheidungsfähigkeit zu testen: zu erkennen, dass die Vereinigten Staaten beispielsweise mit dem Guatemalaeinsatz 1956 einen Fehler gemachten haben, dass sie 1999 im Kosovo aber Recht hatten. Warum können wir kein ambivalentes Verhältnis zur amerikanischen Macht akzeptieren, im Bewusstsein, dass sie gute und schlechte Auswirkungen in der Welt hat?

Niemand anderen beschuldigen: Für jede Linke, selbst für die amerikanische Linke, gibt es in der Welt (und das schließt die Dritte Welt ein) zu viel Hass, Gewalt und Korruption um mit ihrem kritischen Urteil zurückzustehen. Es stimmt nicht, dass wir uns nach innen richten sollen und unsere Kritik nur auf uns selbst konzentrieren müssen, weil wir privilegiert sind. Tatsächlich besteht eines unserer Privilegien in unserer Orientierung nach innen und es ist oft eine Form von politischer Selbstverliebtheit. Ja, wir haben das Recht dazu, andere zu beschuldigen, wann immer sie schuldig sind. Nur wenn wir das tun, wenn wir etwas die korrupten Regierungen der Dritten Welt anprangern, finden wir unsere wirklichen Genossen: Die dortigen Gegner der totalitären Befehlshaber und Militärjuntas, die oft auf unsere Anerkennung und unsere Unterstützung warten. Wenn Demokratie für uns ein Wert ist, müssen wir uns darauf einstellen, sie zu verteidigen, zu Hause natürlich, aber nicht nur dort.

Ich würde gerne einmal sagen, dass es ganz gut um uns steht: dass die amerikanische Linke eine ansehnliche Geschichte hat, und das wir einiges doch sicher richtig gemacht haben, vor allem in unserem Widerstand gegen innere und globale Ungerechtigkeiten. Aber die Nachwirkungen des 11. Septembers zeigen, dass wir noch nicht sehr weit fortgeschritten sind - und nicht immer in die richtige Richtung. Die Linke muss noch einmal von vorne anfangen.

Aus dem Englischen von Silke Lode

taz Nr. 6724 vom 13.4.2002, Seite 15-16, 580 Kommentar MICHAEL WALZER, Essay

taz muss sein: Was ist Ihnen die Internetausgabe der taz wert? Sie helfen uns, wenn Sie diesen Betrag überweisen auf: taz-Verlag Berlin, Postbank Berlin (BLZ 100 100 10), Konto-Nr. 39316-106

© Contrapress media GmbH
Vervielfältigung nur mit Genehmigung des taz-Verlags

[zurück](#)